



28.04.2014

## **Gemeinsame Resolution**

der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und des  
Landeselternbeirats von Hessen

# **Facebook & Co Eltern fordern Verbot des dienstlichen Kontakts zwischen Lehrkräften und Schü- lerinnen und Schüler**

### **Unterzeichner:**

Landeselternbeirat von Hessen  
Kreiselternbeirat Bergstraße  
Kreiselternbeirat Darmstadt-Dieburg  
Kreiselternbeirat Fulda  
Kreiselternbeirat Gießen  
Kreiselternbeirat Groß-Gerau  
Kreiselternbeirat Hersfeld-Rotenburg  
Kreiselternbeirat Hochtaunuskreis  
Kreiselternbeirat Kassel  
Kreiselternbeirat Lahn-Dill-Kreis  
Kreiselternbeirat Limburg-Weilburg  
Kreiselternbeirat Main-Kinzig-Kreis  
Kreiselternbeirat Main-Taunus-Kreis  
Kreiselternbeirat Marburg-Biedenkopf  
Kreiselternbeirat Odenwaldkreis  
Kreiselternbeirat Offenbach

Kreiselternbeirat Schwalm-Eder-Kreis  
Kreiselternbeirat Waldeck-Frankenberg  
Kreiselternbeirat Werra-Meißner-Kreis  
Kreiselternbeirat Wetteraukreis  
Kreiselternbeirat Rheingau-Taunus-Kreis  
Stadtelternbeirat Kassel  
Stadtelternbeirat Marburg  
Stadtelternbeirat Rüsselsheim  
Stadtelternbeirat Wiesbaden  
Stadtelternbeirat Frankfurt  
Stadtelternbeirat Fulda  
Stadtelternbeirat Gießen  
Stadtelternbeirat Hanau



Die hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und der Landeselternbeirat stellen fest, dass immer mehr schulische Angelegenheiten zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler über soziale Netzwerke wie Facebook und WhatsApp geklärt werden.

Bereits Grundschüler sind mit ihren Lehrkräften in WhatsApp über eine Gruppe vernetzt.

Eltern die Ihren Kindern diese Art der Nutzung nicht erlauben möchten, stehen unter erheblichen sozialen Druck und sind dadurch in der Ausübung ihrer Erziehung beeinträchtigt.

Darüber hinaus steht diese Verknüpfung unseres Erachtens nicht im Einklang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag des Landes Hessens. Zudem sehen wir die Gefahr, dass gerade Facebook und spätestens mit der Übernahme von Facebook auch WhatsApp die persönlichen Daten der Kinder für kommerzielle Zwecke ausgewertet werden.

Wir sprechen uns nicht generell für ein Verbot der neuen Medien aus. Schulen haben jedoch die Möglichkeit über geschützte eigene Netzwerke, über E-Mail oder beispielsweise Lo-Net schulische Angelegenheiten auszutauschen.

Für kommerzielle und werbebehaftete Soziale Netzwerke wie Facebook und WhatsApp fordern die hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und der Landeselternbeirat deshalb ein Verbot nach dem Vorbild Rheinland-Pfalz.

Der dienstliche Kontakt zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler über diese kommerziellen Netzwerke muss daher untersagt werden.